

# Forderungen aus dem Wahlprogramm der JUSO Stadt Bern für die Stadtratswahlen 2024

## Sozialpolitik

- Mietpreiskontrollen durch die Stadt Bern zur Einhaltung des Bundesrechts bezüglich Vormiete oder Zinsanpassungen oder mindestens eine öffentlich abrufbare Datenbank mit Vormietpreisen;
- Das *Housing First* – Prinzip zur Bekämpfung der Obdachlosigkeit in der Stadt Bern;
- Ein Vorkaufsrecht bei Gebäuden und Kauf zu besseren Bedingungen für die Stadt Bern;
- Die aktive Förderung von Wohngemeinschaften und anderen Wohnformen für Jugendliche;
- Vermietungen bei städtischen Neubauten nur zu Kostenmiete;
- Die Lockerung der zu erfüllenden Vergabekriterien für günstigen Wohnraum;
- Die Förderung basisdemokratischer Wohn- und Baugenossenschaften.
- Die Einführung einer *SocialCard* in Bern zur Unterstützung ärmerer Haushalte;
- Kostenloses Mittagessen an allen Berner Bildungsinstitutionen;
- Ein Grundeinkommen für Student\*innen an Berner Universitäten und Hochschulen;
- Einen städtischen Mindestlohn für Lernende und Praktikant\*innen, der grundlegende Lebenshaltungskosten deckt und so die finanzielle Abhängigkeit von Eltern oder der Sozialhilfe minimiert;
- Die Einschliessung des Zweiten Arbeitsmarktes bei einem allfälligen städtischen Mindestlohn;
- Die Erhöhung finanzieller und personeller Ressourcen städtischer Fach- und Meldestellen;
- Eine anonyme Meldestelle, ausgestattet mit ausreichenden finanziellen Mitteln, für unzureichende Arbeitsstandards in den Betrieben;
- Ein städtisches Arbeitsinspektorat zur Kontrolle der Einhaltung von Arbeitsbedingungen.

## Sicherheit und Antirepression

- Eine unabhängige Beschwerdestelle für polizeiliches Fehlverhalten;
- Eine Begrenzung des Einkaufs polizeilicher Leistungen auf das gesetzliche Minimum;
- Kurzfristig die Wiedereinführung der Stadtpolizei; langfristig die Abschaffung der Polizei;
- Konkrete und wiederkehrende antirassistische Bildung auf allen Ebenen der Polizei;
- Ein Quittungssystem bei Polizeikontrollen;

- Die schnelle Einführung der *CityCard*;
- Den Vermehrten Einsatz von Sozialarbeiter\*innen für deeskalierende Dialogarbeit;
- Eine Anmelde- statt Bewilligungsregelung für Demonstrationen.

## **Finanz- und Wirtschaftspolitik**

- Keine weiteren Sparmassnahmen und die Annullierung der bereits durchgeführten;
- Eine aktivere Kooperation mit anderen Gemeinden in der Schweiz gegen weitere Steuererhöhungen, bei denen langfristig alle Gemeinden verlieren;
- Eine mutige linke Finanzpolitik, welche sich von Bürgerlichen nicht einschüchtern lässt und die nötigen Investitionen so schnell wie möglich durchführt;
- Bei Bedarf für die Stadtfinanzen eine Steuererhöhung für juristische Personen;
- Unterstützung von genossenschaftlich und demokratisch geführten Betrieben;
- Die Erweiterung vom Einfluss der Stadt Bern in der Wirtschaft durch Gründung von neuen städtischen, partizipativen Betrieben statt Outsourcing;
- Eine Abschaffung beziehungsweise Lockerung der kantonalen Obergrenze für die Verschuldung von Berner Gemeinden;
- Die Demokratisierung aller städtischen Betriebe in Form der Übergabe der Kontrolle und Leitungswahl an Arbeiter\*innen unter Einhaltung städtischer Vorgaben;
- Die Auflösung der Burgergemeinde und Rückführung ihres Vermögens an die Einwohner\*innengemeinde Bern.

## **Queerfeminismus**

- Kostenlose Weiterbildungsmöglichkeiten für Lehrpersonen, Gesundheitspersonal und Beamt\*innen;
- Den Einsatz auf kantonaler Ebene dafür, dass solche Angebote auf Arbeitszeit besucht werden können;
- Jährliche Kampagnen von der Stadt Bern mit betroffenen Organisationen und Personen;
- Den Geschlechtseintrag bei städtischen Dokumenten zu streichen und wo relevant durch einen dritten zu ergänzen.
- Einen kostenlosen stadtärztlichen Dienst mit tiefen bürokratischen Hürden, der insbesondere für Menschen ohne Aufenthaltstitel und FINTA-Personen zugänglich ist;
- Kostenloses STI-Testing und Impfungen für alle;
- Ein queerfeministisches Gesundheitszentrum mit entsprechend gestalteten Bildungsangeboten, Beratungen und medizinischen Leistungen;
- Bedarfsgerechten und bezahlbaren Wohnraum für alle Formen des Zusammenlebens;

- Die Berücksichtigung der Realitäten nicht-normativer Familien und nicht-monogamer Beziehungen bei familienpolitischen Massnahmen;
- Kostenlose städtische Kinderbetreuung für alle.
- Einen Ausbau kostenloser Sanitäranlagen für alle im öffentlichen Raum sowie die Ausstattung dieser mit Hygiene- und Menstruationsprodukten;
- Eine städtische Jugendnotschlafstelle durch eine Lösungssuche mit Pluto;
- Die sofortige Umsetzung der im Stadtrat beschlossenen FINTA-Notschlafstelle;
- Einen Aktionsplan gegen Hate-Crime;
- Vermittlungen, Förderungen und Zugänglichmachen von Schutz- und Begegnungsräumen für queere und FINTA Geflüchtete.
- Von der Stadt Bern unterstützte oder geförderte Kulturinstitutionen sollen Rechenschaft darüber ablegen, inwiefern sie FINTA Personen fördern und Hürden abbauen;
- Massnahmen zur Bekämpfung von Diskriminierung aufgrund von Sexualität und Geschlecht im Kulturbereich, die zusammen mit Kulturinstitutionen erarbeitet werden;
- Antidiskriminierungsmassnahmen und Schutzräume im Ausgang sowie die Schaffung zusätzlicher sicherer Ausgangsorte;
- Die Förderung der Errichtung von queerfeministischen Begegnungsorten in der Stadt Bern, ähnlich wie dies das Regenbogenhaus oder das Streikhaus in Zürich bieten.

## **Antirassismus**

- Die Aufarbeitung der kolonialen Vergangenheit Berns und der Burgergemeinde in Zusammenarbeit mit Historiker\*innen;
- Die Schaffung und Förderung von externen Bildungsangeboten für Schulen zur kolonialen Vergangenheit der Schweiz und Bern;
- Die Revidierung von Strassennamen und die Anbringung öffentlicher Hinweisschilder- oder Tafeln an stark durch die Kolonialisierung geprägten Stätten und Denkmälern.
- Die Förderung und Vermittlung antirassistischer Bildungsprogramme an Schulen;
- Den Einsatz auf kantonaler Ebene für obligatorische Ausbildungsangebote für alle Lehrpersonen zum Thema Antirassismus, welche kostenlos und auf Arbeitszeit besucht werden können.
- Die Schaffung zusätzlichen bezahlbaren Wohnraums in allen Quartieren der Stadt Bern;
- Mehr Ressourcen für die Fachstellen der Stadt Bern und breite Kampagnen, welche die gesamte Bevölkerung erreichen und einschliessen;
- Eine verstärkte und positive Präsenz der Stadt ausserhalb der Zentren, zum Beispiel durch mehr Anlaufstellen und soziale Dienste vor Ort;

- Die Förderung von migrantischen und von Armut betroffenen Kindern und Jugendlichen, zum Beispiel durch Ermässigungen oder Kostenübernahmen bei schulischen Ausflügen;
- Die Organisation von multikulturellen Events zur Förderung vielfältigen Austausches und die Schaffung eines Hauses der transkulturellen Begegnung;
- Die Schaffung zusätzlicher Stellen, die zwischen der Stadt und der migrantischen oder nicht-deutschsprachigen Bevölkerung vermitteln können.

## Klima

- So nah an Netto-Null bis 2030 wie machbar, spätestens bis 2035 inklusive Absenkpfad;
- Ein konkreter, möglichst partizipativer Plan zur Umsetzung des Absenkpfads.
- Die konsequente Umsetzung baulicher Massnahmen zur Eindämmung des Energieverbrauchs innerhalb der Stadtgrenzen;
- Die Übernahme der Sanierungskosten für Wohngebäude durch Vermieter\*innen;
- Den Ausbau erneuerbarer Energien, vor allem von Solarenergie und Fernwärme;
- Die Allfällige Lockerung von Denkmalschutzbestimmungen zugunsten energietechnisch wichtiger Baumassnahmen;
- Die Deckelung der Strompreise innerhalb der Stadtgrenzen;
- Die Demokratisierung der EWB;
- Die Abschöpfung und Nutzung der Gewinne der EWB für sozial gerechten Klimaschutz;
- Den öffentlichen und GVM-internen Einsatz der EWB gegen das geplante Flüssiggasterminal in Schweizerhalle;
- Einen vollumfänglichen Erdgas-Ausstieg bis zum Jahr 2030;
- Einen sofortigen Stopp des weiteren Ausbaus des Gasnetzes.
- Die Demokratisierung von Bernmobil;
- Eine autofreie Stadt und den schnelleren Rückbau von Parkplätzen für Umnutzung;
- Eine bessere Förderung des Velo- und Fussverkehrs inklusive kostenloser Veloausleihe;
- Kostenloser ÖV für alle, mindestens aber für Jugendliche bis 24 und Inhaber\*innen einer *SocialCard*;
- Die Abschaffung der Ticket-Kontrollen im öffentlichen Verkehr;
- Die konsequente und schnelle Umsetzung des Behindertengleichstellungsgesetzes.
- Die vermehrte Entsiegelung der Böden;
- Eine fortschreitende Begrünung der Stadt;
- Die Bereitstellung ausreichend frei zugänglichen Trinkwassers;
- Grüne und barrierefreie Begegnungszonen ohne Konsumzwang, die unter der Berücksichtigung unterschiedlicher Bedürfnisse gestaltet werden.